

## **Robert Kurz – Weltkrise und Ignoranz**

Robert Kurz, geboren 1943, war Redakteur und Mitherausgeber der Theoriezeitschrift *EXIT!* ([www.exit-online.org](http://www.exit-online.org)) und lebte als freier Autor in Nürnberg. Seine Arbeitsgebiete umfassten die Modernisierungs- und Krisentheorie, die kritische Analyse des kapitalistischen Weltsystems, die Kritik der Aufklärung und das Verhältnis von Kultur und Ökonomie. Robert Kurz starb am 18. Juli 2012 an den Folgen eines Operationsfehlers.

Edition  
TIAMAT  
Deutsche Erstveröffentlichung  
Herausgeber:  
Klaus Bittermann  
1. Auflage: Berlin 2013  
© Verlag Klaus Bittermann  
[www.edition-tiamat.de](http://www.edition-tiamat.de)  
Buchumschlagentwurf: Felder Kölnberlin Grafikdesign  
ISBN: 978-3-89320-173-0

**Robert Kurz**

# **Weltkrise und Ignoranz**

**Kapitalismus im Niedergang**

**Ausgewählte Schriften**

**Herausgegeben von  
Roswitha Scholz & Claus Peter Ortlieb**



**Critica  
Diabolis  
204**

**Edition  
TIAMAT**



## *Inhalt*

Die Aufhebung der Gerechtigkeit – 7
Realisten und Fundamentalisten – 21
Politische Ökonomie der Simulation – 29
Die Maschine der Selbstverantwortung – 37
Apocalypse Now – 45
Totalitäre Ökonomie und Paranoia des Terrors – 52
Das Ende der Theorie – 60
Geld und Antisemitismus – 68
Der Knall der Moderne – 88
Wer ist »Big Brother«? – 109
Weibliche Tugenden – 117
Das Licht der Aufklärung – 125
Enteignung und Aneignung – 133
Aneignung als Kapitulation der Kritik – 141
Zweiter Abschied von der Utopie – 149
Der Alptraum der Freiheit – 157
Der molekulare Ausnahmezustand – 166
Die universelle Harry-Potter Maschine – 175
Der schwarze Frühling des Antiimperialismus – 182
Unrentable Menschen – 189
Weltkrise und Ignoranz – 203
Die Krise des Kapitals und die Krise der Linken – 213
Die Klimax des Kapitalismus – 229



# **DIE AUFHEBUNG DER GERECHTIGKEIT**

## **Realitätsverlust und Krise der demokratischen Ethik**

### I.

In den 60er und 70er Jahren, als die Welt der linken Gesellschaftskritik noch in Ordnung war, erschien die marktwirtschaftliche Logik in ihrer ganzen menschlichen Erbärmlichkeit als angreifbar. Ausgehend vom humanistischen Bild eines »eigentlichen« und »wahren« Menschen, der zu »verwirklichen« sei, verfielen die marktwirtschaftliche Lebensweise und ihre Existenzbedingungen in Gestalt des Konsum- und Fachidiotismus, der Entsolidarisierung und Persönlichkeitsdeformation durch das »Zwangsgesetz der Konkurrenz« (Marx), der Ausbeutung der Dritten Welt und des neokolonialen Völkermords einer massiven Kritik. Dargestellt wurde die negative Empfindung vor allem in ethisch-moralischen Kategorien. Das Marktsystem schien auf allen seinen Daseinsebenen »Ungerechtigkeit« zu generieren.

Diese Kritik fokussierte sich praktisch vor allem in politischen Begriffen. Zwar bildete die Marxsche Ökonomiekritik das theoretische Bezugssystem, aber eigentlich eher im Status einer Hintergrundannahme. Soweit man »ökonomisch« operierte, geschah dies ganz positivistisch mit den Zentralkategorien des kritisierten Marktsystems selbst, also in den Formen von Ware und Geld, Wert und Preis, Lohn und Gewinn. Nicht gegen die Ba-

sisformen als solche war man kritisch, sondern gegen die Art ihrer »Anwendung«. Und eben deswegen wurde die Kritik wesentlich als politische formuliert, als »Primat der Politik« (und zwar einer anderen, alternativen, humanen Politik) gegenüber den Marktkategorien. Die Aufhebung des marktwirtschaftlichen Übels wurde nicht gedacht als Aufhebung seiner eigenen Formen, sondern als deren Unterwerfung unter eine sozialistische politische Subjektivität.

Das diskursive Kraftfeld dieser politisch transformierten Kritik des Marktsystems war nicht der Marxsche Begriff des Warenfetischs, sondern der Begriff der Demokratie. Wie die »Ungerechtigkeit« der Marktwirtschaft letztlich durch eine externe Anwendungssubjektivität (»Verfügungsgewalt« der Kapitalisten) erzeugt schien, so sollte sie durch eine antipodische externe Subjektivität der Demokratie beseitigt werden. Demokratie wurde gedacht als Idee der menschlichen Selbstbestimmung, als solidarische und gemeinschaftliche Regulation der Gesellschaft durch einen emanzipatorischen politischen Willen. Der kapitalistische Privateigentümer erschien demgegenüber als autokratischer und unsolidarischer Selbstherrscher. Kapitalismus und Demokratie wurden als gegensätzlich begriffen; entweder als absolute Unvereinbarkeit oder als antagonistische Kompromißstruktur »zwischen Demokratie und Kapitalismus durch staatliche Interventionen« (Habermas). Die politische Demokratie der westlichen Gesellschaften figurierte als positive Errungenschaft, der »demokratische Verfassungsstaat« als »Erbe der bürgerlichen Emanzipationsbewegungen« (Habermas). Dieser »demokratische Sektor« endete jedoch nach Auffassung der Kritiker an den Toren der kapitalistischen Betriebe. Demokratisierung der Ökonomie und aller gesellschaftlichen Institutionen war daher das Zauberwort, mit dem man die »Gerechtigkeit« glaubte aufschlüsseln zu können.

Die Demokratisierung der Ökonomie sollte in Gestalt



einer planmäßigen Lenkung der Ressourcen eine »gerechte Verteilung« des weiterhin in marktwirtschaftlichen, warenförmigen Basisformen produzierten Reichtums bewirken. Die westlichen linken Gesellschaftskritiker befanden sich mit dieser Argumentationsstruktur in einer eigentümlichen Schiefelage gegenüber den staatssozialistischen Formationen des Ostens. Diese schienen in Gestalt der Planwirtschaft ein wesentliches Erfordernis der sozialen Emanzipation realisiert zu haben. Jedoch wurden die vermeintlichen »sozialistischen Wirtschaftsgrundlagen« böse konterkariert durch einen erheblichen Mangel an Demokratie. Dieses bedauerliche Defizit war angeblich entweder den »schwierigen Bedingungen« (so die eher apologetische Lesart) oder einer »asiatischen Erblast« (Bahro, Dutschke, neuerdings wieder Michael Schneider) oder schlicht der »falschen Ideologie« des Bolschewismus geschuldet. Und die zu verordnende Kur konnte natürlich ebenfalls nur die Demokratisierung sein, aber eben andersherum: war im Westen die politische Demokratie erreicht oder wenigstens weit fortgeschritten und mußte durch Erweiterung auf die Ökonomie vollendet werden, so galt es im Osten umgekehrt, die planwirtschaftlichen »sozialistischen Wirtschaftsgrundlagen« zu erweitern und zu vollenden durch die umfassende politische Demokratie. So wäre denn durch einen jeweils spezifischen, hinsichtlich der beiden Systeme seitenverkehrten Impuls der Demokratisierung auf dem gemeinsamen Weg zur »Gerechtigkeit« voranzuschreiten gewesen.

Der rabiate Zusammenbruch des Staatssozialismus hat dieses Gesamtkonstrukt von edler Einfalt und stiller Größe bis auf die Knochen blamiert. Alle sozialen und ökologischen Übel des Marktsystems sind nicht nur weiterhin voll wirksam, sie haben sich sogar bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Aber gleichzeitig wurde die gemütlche ideologische Möblierung der linken Gesellschaftskritik in Trümmer gelegt. Die Vermittlung der demokrati-

schen Ethik durch ein (im engeren oder weiteren Sinne sozialistisches) »Primat der Politik« gegenüber den Marktkategorien in Gestalt von Planungsinstanzen scheint endgültig falsifiziert und der Weg zur »Gerechtigkeit« genau andersherum zu verlaufen, als es die diversen sozialistischen Demokraten sich immer vorgestellt hatten. Nicht Demokratie und Sozialismus gehören offenbar zusammen, sondern Demokratie und Kapitalismus. Die Bewegungen und Ansätze einer Demokratisierung in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion haben sich nicht mit den planungsökonomischen »sozialistischen Wirtschaftsgrundlagen« verheiratet, sondern entstanden im Gegenteil geradezu aus deren Zusammenbruch; und ihrem eigenen Selbstverständnis nach wollen sie nichts anderes als die Entfesselung der »Marktkräfte« gegen alle planungsbürokratischen Hemmnisse. Ausgerechnet die politischen Planungskompetenzen gegenüber den Marktkategorien, die der linken Gesellschaftskritik immer als das Mittel einer »Verwirklichung« demokratischer Ethik erschienen waren, werden nun selber als eine im höchsten Grade ungerechte und undemokratische Vergewaltigung der persönlichen Marktfreiheit und ihrer angeblich segensreichen sozialen Gerechtigkeitswirkungen empfunden. Das zähnefletschende Schreckbild des undemokratischen, absolutistisch »verfügungsgewaltigen« Kapitalisten erscheint plötzlich umgedreht als eine Art demokratische Heiligenfigur des »schöpferischen Unternehmers« (Schumpeter), den es gerade im Namen der Gerechtigkeit zu hegen und zu pflegen gelte.

Man sollte sich aber nicht täuschen lassen von diesem aufgeregt dahinwogenden ideologischen Verwirrspiel. Die wilden Polsprünge können nicht verheimlichen, daß es sich um eine Umpolung innerhalb ein und desselben Bezugssystems, d.h. innerhalb ein und desselben historischen Kontinuums moderner warenproduzierender Systeme handelt. Es wird immer noch mit den alten kategorialen und ideologischen Requisiten das alte Spiel weiter-

gespielt. Alles ist noch da wie gehabt: ein abstrakt-allgemeines Menschenbild außerhalb der Geschichte, die Idee der Gerechtigkeit, die Demokratie, die Marktkategorien und die Politik. Was sich geändert hat, ist die Bewertung dieser Requisiten. An die Stelle der emphatischen »Verwirklichungs«-Idee eines »wahren« Menschen tritt die genauso abstrakt-anthropologische Annahme eines in seiner ahistorisch verewigten Warenförmigkeit »unvollkommenen« Menschen, der in dieser leider gelegentlich ein wenig turbulent werdenden Form eben angenommen werden müsse. Indem die politische Demokratie als identisch mit der Marktfreiheit erscheint, verfällt der politische Planungsanspruch gegenüber den ökonomischen Kategorien als subjektive Hybris der Kritik. Die demokratische Ethik soll sich nun nicht mehr auf dem Umweg über das »Primat« politischer Planungsansprüche verwirklichen, sondern als »Wirtschaftsethik« direkt in den Marktkategorien selbst. Die Politik könne nur noch bescheiden den wirtschaftsethischen Imperativ der demokratischen Marktfreiheit durch Rahmenbedingungen unterstützen; und auch die defensiv und an sich selbst irre gewordene linke Kritik vertritt den Anspruch der Regulation nur noch kleinlaut in homöopathischer Verdünnung. Damit ist das Denken über den Zusammenhang von Ethik, Ökonomie und Politik wieder dort angelangt, wo es in der Moderne seinen Anfang genommen hatte: bei Adam Smith und seiner Feier der »invisible hand«. Die Preisgabe des politisch-planungsökonomischen Subjektanspruchs gegenüber den ökonomischen Kategorien paßt gut in eine Zeit, die sich philosophisch den Subjektanspruch als gesamtgesellschaftlichen überhaupt schon seit längerem abgeschminkt hat.

## II.

Natürlich impliziert auch die Marktfreiheit Subjektivität. Diese schon immer allen politischen Regulationsinstanzen gegenüber von ihren Verehrern (v. Mises, v. Hayek u.a.) rigoros geltend gemachte Marktsubjektivität ist jedoch extrem partikular, ihrem Wesen nach nackte Interessen-Subjektivität in der vom warenproduzierenden System generierten Form. Dementsprechend schwächlich und unglaubwürdig erscheint jeder »wirtschaftsethische« Imperativ. Damit enthüllt sich die demokratisch-marktwirtschaftliche Ethik überhaupt als paradox. Als Ethik muß sie eigentlich Anforderungen an bewußtes Verhalten stellen. Der Gegenstandsbereich sozialer Gerechtigkeit aber kann per definitionem nur der gesellschaftliche Zusammenhang der ökonomischen, marktförmigen Subjekte untereinander sein, also die Gesamtgesellschaft. Indem nun gerade dieser Handlungsbezug ausgedünnt und dekonstruiert (d.h. weitgehend der »invisible hand« überlassen) wird, wird die demokratische Ethik logisch im Grunde genommen gegenstandslos und erleidet einen ebenso weitgehenden Realitätsverlust.

Es macht also keinen Sinn mehr, von der »invisible hand« eines subjektlosen Systemprozesses so etwas wie Gerechtigkeit zu verlangen, da dieser Imperativ an einen bereits aufgegebenen Subjektbegriff gebunden ist. Allenfalls könnte gefragt werden, ob das zugrundeliegende System in seinen objektivierten Funktionsmechanismen und ungeachtet aller aus ihm hervorgehenden menschlichen Deformation an sich selber auf Dauer reproduktionsfähig ist. Es dürfte also jetzt ehrlicherweise nur noch das Problem formuliert werden, ob die Akkumulation des Kapitals als anerkannter Selbstzweck aufrechterhalten werden kann und als »Abfallprodukt« ein wenig Lebensfähigkeit für die Mehrzahl der Menschen fallen läßt. Sogar mit diesem grauenhaft reduzierten Verlangen steht es gegenwärtig nicht zum besten. Der Zusammenbruch des östli-

chen Systems »geplanter« Warenproduktion hat nur die längst manifesten Krisenerscheinungen der objektivierten warenförmigen Reproduktion in der übrigen Welt (und auch im vermeintlich siegreichen Westen selbst) überlagert.

Die vom alten Imperativ der Gerechtigkeit wegverlagerte bange Frage nach der systemischen Reproduktionsfähigkeit, deren menschliche Defizite nur noch als »soziale Kosten« erscheinen, hat es mit einem seit Mitte der 70er Jahre zu beobachtenden Stocken der industriellen Realakkumulation zu tun. Streng und fast peinlich genau nach dem Lehrbuch der Marxschen Überakkumulations- und Krisentheorie hat die kapitalistische Realität daraufhin in den 80er Jahren einen globalen Kredit- und Spekulationsüberbau angehäuft, der alle analogen Erscheinungen der kapitalistischen Geschichte weit in den Schatten stellt. Der unausweichliche Entwertungsprozeß dieses »fiktiven Kapitals« (Marx) hat bereits begonnen. Während die linke Gesellschaftskritik mit ihren als Ramsch entlarvten ideologischen Requisiten belämmert dasitzt, kämpfen die nationalen und internationalen Institutionen des Kapitals vor und hinter den Kulissen verzweifelt gegen den drohenden Dammbbruch eines internationalen Finanzkrachs mit anschließender Weltdepression. Und mit der händeringenden Gestik von Regentänzern versucht die theoretische Zunft der kapitalistischen Berufsoptimisten ein Wiederanspringen der Realakkumulation herbeizubeschwören.

Für die kapitalistische Struktur als solche und damit auch für die westlichen Zentren werden in diesem Sinne zwei komplementäre Paradigmen bemüht. Das erste Paradigma, mehr oder weniger der »Theorie der langen Wellen« (Kondratieff, Schumpeter u.a.) folgend, ist weiterhin industriegesellschaftlich zentriert. Die Schranke der Realakkumulation wäre demnach durch die ökonomische Aus- und Erschöpfung einer bestimmten Basistechnologie (oder mehrerer) bestimmt, die aufgrund ihrer

Durchrationalisierung kein Wachstumsträger mehr sein kann. Nach einer mehr oder minder krisenhaften Stokkung trete jedoch eine innovative neue Basistechnologie (bzw. deren Produkte) an die Stelle der alten und löse neue Wachstums- und Prosperitätsschübe aus. Die Akkumulationsprobleme des fordistischen oder »Automobil-Zyklus« würden demzufolge in den 90er Jahren durch einen neuen »mikroelektronischen Zyklus« aufgehoben, der sich bis jetzt noch in der Latenzphase befinde.

Diese hübsche Rechnung wurde freilich ohne den Wirt gemacht. Denn im Unterschied zu allen früheren innovativen Basistechnologien erzeugt die Mikroelektronik keine neuen Massenindustrien mit relativer Arbeitsintensität, d.h. keine neuen Kapazitäten für das massenhafte Einsaugen lebendiger Arbeit in die kapitalistische Reproduktion. Im Gegenteil handelt es sich um eine neue und geradezu »flächendeckende« Rationalisierungstechnologie, deren Potenz zur Eliminierung lebendiger Arbeit aus der industriellen Produktion ihren Reifegrad noch lange nicht erreicht hat. Für die Reproduktion des Gesamtkapitals ist die Mikroelektronik daher auf Dauer eher eine Krisentechnologie. Diese Krise wälzt sich in Form einer Gewinner-Verlierer-Struktur durch den gesamten Weltmarkt hindurch. Die durch hohen Einsatz von Sachkapital produktivitätsstärksten Weltmarktteilnehmer exportieren die Krisenfolgen zunächst, indem sie die produktivitätsschwächeren nieder konkurrieren. In dem Maße jedoch, wie dadurch der globale Spielraum der Akkumulation schrumpft, werden sie schließlich selbst von der Krise ereilt.

An dieser fatalen Stelle nun springt das zweite hoffnungsvolle Paradigma der »postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft« (Bell u.a.) ein. Wenn schon die industriellen Innovationen keinen neuen Wachstumszyklus generieren können, so soll doch der »tertiäre Sektor« dazu in der Lage sein. Tatsächlich war dieser (ziemlich weit und unklar gefaßte) Sektor der Dienstleistungen im We-

sten der hauptsächlich nominelle Wachstumsträger der letzten 15 Jahre. Trotzdem wurde auch diese Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn die meisten Dienstleistungen stellen überhaupt keine eigenständige Akkumulationsbasis dar, weil (und sofern) ihr Konsum nicht in den Reproduktionskreislauf des Kapitals zurückkehrt. Das gilt für militärische Rüstung genauso wie für Sozialarbeit, Umweltschutz, medizinische Versorgung oder Altenpflege usw. Solche Sektoren können auf der Basis von Konsumfreiheit und damit des Gesetzes von Angebot und Nachfrage gar nicht oder nur in minimalem Umfang betrieben werden. Sie sind daher nur durch direkte (staatliche) oder indirekte monetäre Abschöpfung aus den industriellen Löhnen und Gewinnen im großen gesellschaftlichen Maßstab zu entwickeln. Daraus resultiert bereits heute die Finanzierungskrise großer Teile der gesellschaftlichen Dienstleistungen selbst im Westen, während sie bei den Verlierern des Südens bzw. Ostens völlig zusammenbrechen oder in barbarische Formen (Prostitution, Kriminalität) übergehen.

Wenn aber die strukturelle Expansion des Kapitals an absolute Schranken stößt, dann kann diese Situation allein durch quasi territoriale Expansionsprozesse nicht mehr aufgehoben werden. Auch die Hoffnung auf die »Schwellenländer« Südostasiens könnte sich daher als Flop erweisen. Erfunden worden war dieser Terminus in den 70er Jahren für die großen Ökonomien Lateinamerikas (Brasilien, Argentinien, Mexiko), die damals ähnlich wie heute Südkorea und die ASEAN-Staaten hohe Wachstumsraten aufwiesen. Inzwischen sind sie zu Verlierer- bzw. Zusammenbruchsökonomien und zu prominenten Opfern der berüchtigten Schuldenkrise geworden. Denn das rasche Wachstum nachholender Industrialisierungsprozesse war nur dem niedrigen Ausgangsniveau geschuldet, und es mußte daher rasch an die vom hohen Produktivitätsstandard des Weltmarkts gesetzte strukturelle Schranke stoßen. Dasselbe Desaster könnte sich in-

nerhalb weniger Jahre in Südostasien wiederholen, wo sich die Wachstumsraten bereits stark abgeflacht haben. Die relativen Erfolge waren nur durch eine einseitige merkantilistische Exportorientierung möglich, die nur kleine Teile der eigenen Bevölkerung einbezog. Da aber die Realakkumulation des industriellen Weltkapitals insgesamt nicht ausreichend expandiert, gingen die südostasiatischen Exporterfolge auf Kosten von Industrien des Westens selbst und haben bereits entsprechende protektionistische Abwehr hervorgerufen. Erst recht und aus derselben Logik heraus ist die Hoffnung unsinnig, nach einer »Anpassungskrise« könnten ausgerechnet die marktwirtschaftlich reformierten Ökonomien des Ostens den Karren des Weltkapitals aus dem Dreck ziehen. Marktökonomien (wenn auch »geplante«) und nachholende Industrialisierungsgesellschaften waren sie ja auch vorher schon, und ihr Zusammenbruch bewegte sich auf derselben Linie wie derjenige großer Teile der Dritten Welt. Der globale Produktivitätsstandard und die entsprechende hohe Sachkapitalintensität mit gewaltigen Vorauskosten an Geldkapital schließt eine kapitalistische Rekonstruktion des Ostens aus eigener Kraft aus, während er aus demselben Grund für westliche Investitionen unrentabel bleibt.

### III.

Es scheint also so, als müßte die Frage nach der funktionellen Reproduktionsfähigkeit des globalen Marktsystems letztlich ebenso negativ beantwortet werden wie die Frage nach seiner Zugänglichkeit für die ethischen Imperative des treuherzigen demokratischen Bewußtseins. Diese Diagnose verschärft sich erheblich, wenn die Zerstörung der Naturgrundlagen in die Analyse einbezogen wird. Die Globalisierung einer Logik abstrakter betriebswirtschaftlicher Vernutzungsprozesse, wie sie das



warenproduzierende System in allen seinen Varianten hervorbringt, liefert kein sinnliches Sensorium für eine ökologische Steuerung mit. Dies ist kein akzidentieller (und also marktwirtschaftlich reformierbarer), sondern ein substantieller Tatbestand. Betriebswirtschaft und Natur sind auf Dauer unvereinbar. Die Naturgesetze freilich sind ebenso sture Böcke wie die Gesetze der Marktwirtschaft selbst (Gesetze scheinen dies an sich zu haben). Das subjektlose System der ersten Natur ist ethischen Imperativen noch viel weniger zugänglich als das subjektlose System der zweiten, warenfetischistischen Natur. Und im Unterschied zu sozialen Bewegungen läßt sich die blinde Reaktion ökologischer Zusammenhänge auch nicht durch militärische Drohungen beeindrucken. Mit anderen Worten: die Natur setzt dem Marktsystem absolute limits, die noch viel unausweichlicher sind als die ökonomischen Systemschranken. Da sich jedoch die Menschheit inklusive der meisten linken Gesellschaftskritiker nun einmal dafür entschieden hat, die Marktwirtschaft in ihren Basiskategorien als einzig denkbare gesellschaftliche Reproduktionsform zu akzeptieren, kann sie eigentlich getrost ihr Testament machen. Irgendwann hat schließlich alles einmal sein Ende.

Für eine überlebensnotwendig gewordene Kritik dieser Basiskategorien aber kann es kein Zurück in die alte Konstellation der demokratischen Ethik geben. Eine Aufhebung der warenfetischistischen Systemkonstitution kann keine Vorstellung von »Gerechtigkeit« mehr als Meßlatte anlegen. Die demokratische Ethik war nämlich immer schon eine bloße Behelfskrücke, um zwischen den einander widersprechenden Imperativen des partikularen, nackten Geldinteresses einerseits und eines sozial wie juristisch geregelten gesellschaftlichen Zusammenlebens dieser (ihrer Form nach »wölfischen«) Partikularsubjekte andererseits humpelnd zu vermitteln. Das Bezugssystem war nie der kommunikative Austausch der Subjekte, sondern von Anfang an der subjektlose Selbstzweckprozeß

der abstrakten Wertverwertung. Nur in einem solchen Fetischsystem machen Ethik und Gerechtigkeit überhaupt einen Sinn. Der Anschein von subjektiver Regulierbarkeit durch ethische Imperative konnte nur entstehen, solange die Kapitalakkumulation noch einen historischen Entwicklungs- und damit immer wieder einen gewissen Verteilungsspielraum besaß. Mit dem Erreichen absoluter Schranken erlischt jedoch diese Möglichkeit.

Der Ruf nach Gerechtigkeit leitet sich schon dem Namen nach vom Begriff einer funktionsfähigen Rechtssubjektivität ab. Ein »Recht« auf Leben, Nahrung, Wohnung usw. aber ist an sich absurd; es macht nur Sinn in einem gesellschaftlichen Bezugssystem, das seiner Tendenz nach all diese elementaren Grundlagen menschlicher Reproduktion eben gerade nicht selbstverständlich voraussetzt, sondern im Gegenteil ständig objektiv in Frage stellt. Die Rechtsförmigkeit und die Rechte des demokratischen Subjekts sind nur die komplementäre andere Seite des »wölfischen« Wirtschaftssubjekts mit seinem jeder anderen menschlichen Regung baren Geldinteresse. In demselben Maße, wie jedoch mit der Totalisierung der Warenform und ihrer gleichzeitig manifest werdenden funktionellen Reproduktionsunfähigkeit immer mehr Menschen aufhören, Wirtschaftssubjekte dieses Systems zu sein, hören sie auch auf, Rechtssubjekte und damit überhaupt Menschen qua Systemdefinition zu sein. Zwar mag in den relativen Gewinnerökonomien noch eine Zeitlang der Schein von Rechtszuständen aufrechterhalten werden; dieser Schein ist jedoch an die Funktionsfähigkeit sozialer Umverteilungsnetze und damit an das »erfolgreiche« Niederkonkurrieren anderer Weltmarktökonomien gebunden. Substantiell ist jeder Mensch, der auf Dauer kein marktförmiges Wirtschaftssubjekt mehr darstellen kann, nur noch ein Toter auf Urlaub. Die Zustände in den Verlierer- und Zusammenbruchsökonomien bestätigen diese barbarische Logik tagtäglich und in immer brutaleren Formen.